



BfB-Newsletter

Bürger für Bürger
www.BfB-Schlangenbad.de
BfB-Schlangenbad@web.de

Themen der Gemeindevertretung vom 7. Februar 2018 und weitere Neuigkeiten aus Gesamt-Schlangenbad

Kindergartenbeiträge für Kinder ab 3 Jahren

Ab dem 1.8.2018 sind gemäß des neuen Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuches Kinder zwischen dem 3. Lebensjahr und dem Schuleintritt für 6 Stunden/Tag von Kindergartenbeiträgen freizustellen. Im Gegenzug zahlt das Land Hessen eine Förderung an die Gemeinden. Ob es dadurch zu Mehr- oder Mindereinnahmen für die Gemeinde kommt, kann noch nicht beurteilt werden, da die Höhe der Förderung noch nicht endgültig festgelegt ist.

Homepage der Gemeinde

Auf Antrag der Fraktion "Die Grünen" wird auf der Homepage der Gemeinde ein Ehrenamtsportal, in dem man sich über die Vereine in der Gemeinde informieren kann und ein Spendenportal eingerichtet. Zudem hat die Fraktion der Grünen beantragt, die Bürger über die wichtigsten Satzungen regelmäßig zu informieren.

Erstinformationen für Neubürgerinnen und -bürger

Ergänzend zu den zuvor genannten Anträgen hat Bürger für Bürger beantragt, an Neubürgerinnen und Neubürger der Gemeinde Schlangenbad ein Begrüßungsinformationspaket zu versenden. Darin soll u.a. über die Möglichkeiten informiert werden, wo bzw. in welchen Vereinen man sich in der Gemeinde Schlangenbad ehrenamtlich engagieren kann.

Das Informationspaket soll die Neubürger auf eine positive Art und Weise willkommen heißen und ein schnelles Einleben in unserer Gemeinde ermöglichen. Auch über Pflichten in der Gemeinde (z.B. Winterdienst) soll informiert werden.

Mitfahrbänke in Schlangenbad

In einem Pilotprojekt sollen zwei Mitfahrbänke in der Gemeinde aufgestellt werden, wenn man von einem Ortsteil zu einem anderen mitgenommen werden möchte (Antrag der Fraktion "Die Grünen"). Vor einer Ausweitung auf andere Ortsteile soll geprüft werden, ob dieses Angebot angenommen wird.

Lesen Sie in dieser Ausgabe:

- KiTa-Beiträge für Kinder ab 3 Jahren
- Homepage der Gemeinde
- Erstinformationen für Neubürger
- Mitfahrbänke
- Resolution LKW-Verkehr Wambach

Wissen, was die Gemeinde bewegt

Bürger für Bürger (BfB) bietet öffentliche Bürgerunden an, zu denen jede/r herzlich eingeladen ist.
Uhrzeit 20-22 Uhr

26. April
Wambacher Mühle

21. Juni
Zur Sonne, Bärstadt

30. August
Dorfgemeinschafts-
haus Hausen

15. November
Georgsschänke,
Georgenborn

Resolution der Gemeinde Schlangenbad zum LKW-Verkehr in Wambach

Die Stadt Wiesbaden beabsichtigt zur Reduzierung der Feinstaubbelastung ein Verkehrsverbot für Transit-LKW in der Kernstadt zu erlassen. Diese Maßnahme hätte erhebliche Auswirkungen für die umliegenden Kommunen, da sich dort der LKW-Verkehr massiv erhöhen würde. Betroffen wären u.a. Martinthal und Wambach.

Es liegen Gutachten der Stadt Wiesbaden vor, die dies bestätigen. Demnach würden in Wambach statt heute 500 bis 600 LKWs pro Tag mehr als 800 LKWs durch die Ortsdurchfahrt fahren. In Übereinstimmung mit Resolutionen der anderen Gemeinden hat der Gemeindevorstand eine entsprechende Resolution erstellt, die sich dagegen ausspricht und rechtliche Schritte in Aussicht stellt.

Herr Schlepper betonte, dass LKWs zwischen Wiesbaden und den Nachbarkommunen verkehren müssen. Es könne aber nicht sein, dass Wiesbaden ohne Information und Abstimmung mit den umliegenden Gemeinden eine solche Maßnahme umsetze.



RESOLUTION der Gemeindevertretung

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Schlangenbad lehnt das von der Landeshauptstadt Wiesbaden geplante Durchfahrtsverbot für den Schwerlastverkehr ab. Es ist offensichtlich, dass Wiesbaden seine Verkehrsprobleme zum Schaden anderer lösen will. Anders lässt sich die plötzliche Eile im Verfahren nicht erklären.

Wir halten die Vorgehensweise für unerträglich. Die Ortsdurchfahrt von Schlangenbad – Wambach steht schon jetzt kurz vor dem Kollaps. Wir können den Menschen nicht noch mehr Verkehr – zumal Schwerlastverkehr – zumuten.

Wir wirken in gemeinsamer Anstrengung darauf hin, dass es im Rheingau-Taunus-Kreis einen Schulterchluss aller Kommunen gegen das Vorhaben gibt und setzen uns dafür ein, dass das Regierungspräsidium das Ansinnen Wiesbadens ablehnt.

Sollte dies nicht der Fall sein, leiten wir rechtliche Schritte ein und beauftragen ein Gegengutachten.

Wir schützen gemeinsam unsere Bürgerinnen und Bürger.

Gerne sind wir als Gemeinde dazu bereit, in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe mit Vertretern der Stadt Wiesbaden, der betroffenen Städte und Gemeinden und des Rheingau-Taunus-Kreises mit Blick auf die Zukunft ein nachhaltiges Verkehrskonzept für unsere gesamte Region zu erarbeiten.

Schlangenbad, im Februar 2018

Zu guter Letzt

Vielleicht sind Sie nicht mit allen Entscheidungen der Gemeindevertreter oder auch speziell mit denen der BfB einverstanden. Bitte sprechen Sie uns an oder kommen Sie einfach in unsere nächste Bürgerrunde.

Viele Grüße

Ihr

Roland Schneider